

## **Zusammenfassung von Schadenersatzklagen wegen Psychopharmaka:**

Mit der Aufdeckung der Risiken von Psychopharmaka schoss die Anzahl der Schadenersatzklagen in die Höhe. Hier werden nur einige der Fälle aufgeführt, die dazu geführt haben, dass Pharmafirmen im Rahmen von strafrechtlichen und zivilrechtlichen Gerichtsverfahren sowie bei Vergleichen über 4,9 Milliarden Dollar (3,3 Milliarden Euro) gezahlt haben.

**25. Mai 2001:** Der Richter Barry O’Keefe des Obersten Gerichtshofes von New South Wales in Australien stellte fest, dass das Antidepressivum Lustral (Zolofit) teilweise dafür verantwortlich war, dass sich der friedliche, gesetzestreue David Hawkins in einen gewalttätigen Mörder verwandelte. Der Richter O’Keefe sagte: „Frau Hawkins wäre höchstwahrscheinlich nicht ermordet worden, wenn Herr Hawkins kein Lustral genommen hätte.“<sup>1</sup>

**6. Juni 2001:** Tobin gegen GlaxoSmithKline (GSK): Die Geschworenen eines Bezirksgerichts im US-Bundesstaat Wyoming urteilten gegen GSK sprachen den Angehörigen von Donald Schell 6,4 Millionen Dollar (4,4 Millionen Euro) zu. Donald Schell hatte zwei Tage das Antidepressivum Paxil von Glaxo wegen Schlaflosigkeit genommen, als er seine Frau, seine Tochter, seine Enkeltochter und schließlich sich selbst erschoss.<sup>2</sup>

**30. November 2002:** Eine Klage von Diane Cassidy aus dem US-Bundesstaat Pennsylvania gegen Eli Lilly wurde durch einen Vergleich beigelegt. Cassidy hatte Prozac genommen, um Gewicht zu verlieren. Sie bekam Selbstmordgedanken und beging einen Selbstmordversuch. Cassidy überlebte zwar, blieb aber infolge der zugefügten Verletzungeneinseitig gelähmt und geistig behindert. Die Höhe der Vergleichssumme wurde nicht bekannt gegeben.<sup>3</sup>

**16. April 2003:** USA gegen GSK: Der Pharmakonzern Glaxo Smith Kline (GSK) stimmte einer Zahlung von 87,6 Millionen \$ (59,7 Millionen €) zu, um zivilrechtliche Ansprüche des US-Justizministeriums beizulegen. Den Vorwürfe zufolge habe GSK der staatliche US-Krankenversicherung Medicaid überhöhte Rechnungen für das Antidepressivum Paxil und ein weiteres Mittel ausgestellt.<sup>4</sup>

**16. April 2004:** Einreichung der ersten landesweite US-Sammelklage gegen Eli Lilly und Company. Bei den Klägern handelte es sich um amerikanische Bürger, die das Neuroleptikum Zyprexa genommen hatten. Sie wurden durch die Anwaltskanzleien Parker & Waichmann, LLP und Douglas & London, LLP (LLP = eine Rechtsform der Personengesellschaften nach englischem/US-Recht) vertreten. In der Klage hieß es, dass drei Personen nach Zyprexa-Einnahme an Diabetes erkrankten. Die Klage wurde im US-Bezirksgericht New York eingereicht.<sup>5</sup>

**26. August 2004:** US-Bundesstaat New York gegen GSK: GSK zahlte 2,5 Mio. US-Dollar (1,7 Mio. €), um diesen Rechtsstreit beizulegen. Im Zuge des Verfahrens hieß es, die Unterdrückung von Forschungsergebnissen zu Paxil - die zeigten, dass dieses Antidepressivum bei Kindern das Risiko von Selbstmordgedanken und Suizid erhöhe – stelle einen „fortwährenden Betrug“ dar.<sup>6</sup>

**1. Oktober 2004:** Das Kartellverfahren bezüglich Remeron: Der in den Niederlanden ansässige Pharmahersteller Akzo Nobel und sein damaliges Tochterunternehmen Organon USA zahlen 59,8 Millionen US-Dollar (40,7 Millionen €) an mehrere Apotheken-Ketten in den USA, an Generalstaatsanwälte und Versicherungsunternehmen, um diesen Prozess beizulegen. Dem Konzern war vorgeworfen worden, verschiedene Maßnahmen durchgeführt zu haben, die darauf abzielten, den Wettbewerb mit denjenigen Firmen zu unterdrücken, die preiswerte äquivalente Generika zu verschreibungspflichtigen Medikamenten herstellten. So soll Akzo Nobel bzw. Organon ein Monopol auf ihrem Antidepressivum Remeron herbeigeführt haben.<sup>7</sup>

**(Anmerk. Generikum:** Ein Arzneimittel, das eine wirkstoffgleiche Kopie eines bereits unter einem Markennamen auf dem Markt befindlichen Medikaments ist.)

**7. April 2005:** Organon und Akzo Nobel zahlten zudem 36 Millionen US-Dollar (24,5 Millionen €) an alle 50 US-Bundesstaaten, um ähnliche Vorwürfe beizulegen. Diese Gelder wurde an diejenigen gezahlt, die Remeron gekauft hatten.<sup>8</sup>

**Juni 2005:** Sammelklage der USA wegen Zyprexa: Lilly stimmte einer Zahlung von 690 Millionen US-Dollar (470 Millionen €) zu, um Forderungen von 8000 Klägern beizulegen, die behaupteten, dass Zyprexa die Nebenwirkungen Diabetes und Hyperglykämie (hoher Blutzuckerwert) verursache.<sup>9</sup>

Im **Januar 2007** stimmte das Unternehmen zu, weitere 500 Millionen US-Dollar (340 Millionen €) zu zahlen, um 18 000 weitere Zyprexa-Klagen beizulegen.<sup>10</sup>

**8. November 2005:** Samuel Der-Yeghiayan, Richter an einem US-Bezirksgericht, verurteilte den Pharmahersteller Pfizer in einem Rechtsstreit bezüglich Zoloft. Die Witwe von Donald Zikis hatte Pfizer verklagt, nachdem ihr Mann Donald Zikis Selbstmord verübt hatte, während er das Antidepressivum Zoloft nahm. Seine Witwe argumentierte, Pfizer habe es unterlassen, die Verbraucher vollständig über die gefährlichen Nebenwirkungen von Zoloft aufzuklären. Das Gericht wies die Behauptung von Pfizer zurück, dass Warnhinweise auf dem Beipackzettel „Ärzten unter Umständen ein falsches Bild über die Risiken beim Verordnen dieses Mittels vermittelt hätte und sie von einer Verschreibung abschrecken könnte.“ Der Richter stimmte dem nicht zu und sagte, dass der Pharmakonzern jede beliebige Warnung, jeden Aufruf zur Vorsicht oder jeden Hinweis auf Nebenwirkungen anbringen könne und dafür keine Genehmigung der US-Behörde für Nahrungs- und Arzneimittel (FDA) benötige.<sup>11</sup>

**26. April 2007:** Die in ganz Amerika tätige Verbraucherschutzorganisation Public Citizen erwirkte einen verbesserten Vergleich für die Eltern von Tausenden Kindern, denen das Antidepressivum Paxil verschrieben worden war. Mit der Sammelklage gegen GSK wurde Schadenersatz gefordert. Zudem wurde der Pharmafirma vorgeworfen, Eltern in die Irre geführt zu haben, da sie diese nicht darüber aufgeklärt hatte, dass dieses Psychopharmakon für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht nur wirkungslos, sondern gefährlich sei. GSK willigte ein, eine Vergleichssumme in Höhe von 63,8 Mio. Dollar (43,4 Mio. Euro) für die Opfer und Anwaltsgebühren zu zahlen.<sup>12</sup>

**21. Dezember 2006:** Der Pharmahersteller schloss einen Vergleich mit dem US-Justizministerium und erklärte sich zu einer Zahlung von 499 Millionen Dollar (340 Millionen Euro) bereit, um eine bundesweite Untersuchung seiner rechtswidrigen Marketingpraktiken für sein Neuroleptikum Abilify beizulegen. Bristol-Myers Squibb hatte Abilify gegenüber Ärzten zur Behandlung von Indikationen beworben, für die das Mittel nicht von der FDA zugelassen war (off-label use).<sup>13</sup>

**12. Juni 2007:** US-Sammelklage wegen Zyprexa: Der amerikanische Pharmakonzern Lilly einigte sich mit den Anwälten von rund 900 Klägern auf eine Zahlung, um den Rechtsstreit beizulegen. Gegenstand der Klagen waren die Nebenwirkungen des Neuroleptikums Zyprexa. Allerdings weigerte sich Lilly dann, die vereinbarte Summe zur Verfügung zu stellen.<sup>14</sup>

**27. März 2008:** US-Bundesstaat Alaska gegen Eli Lilly and Company: Im Streit um Zyprexa zahlte Eli Lilly eine Vergleichssumme in Höhe von \$ 15 Millionen (€ 10 Millionen) an den US-Bundesstaat Alaska. Darauf haben sich die beiden Parteien geeinigt, um den bereits seit 2006 dauernden Rechtsstreit beizulegen. Bei der zivilrechtlichen Klage des US-Staates Alaska ging es um Vorwürfe, Lilly würde Zyprexa illegal für Indikationen bewerben, für die es nicht zugelassen war und habe dabei die bekannten Nebenwirkungen wie Diabetes und erhöhte Blutzuckerwerte heruntergespielt.<sup>15</sup>

**1. April 2008:** USA gegen Otsuka Pharmaceutical: Die Pharmafirma Otsuka, Hersteller des Neuroleptikums Abilify, schloss einen Vergleich mit dem US-Justizministerium und erklärte sich zu einer Zahlung von 4 Millionen \$ (2,7 Millionen €) bereit. In dem Rechtsstreit war Otsuka eine illegale Vermarktung von Abilify vorgeworfen worden, nachdem der Pharmakonzern Abilify für Kinder und demenzkranke Senioren beworben hatte, obwohl es für diese Gruppen nicht zugelassen war. (Otsuka hatte dieses Psychopharmakon in Japan entwickelt und es dann gemeinsam mit Bristol-Myers Squibb in den USA vermarktet. Bristol-Myers Squibb hatte wegen ähnlicher Vorwürfe bereits im Dezember 2008 einen Vergleich geschlossen).<sup>16</sup>

**2. Oktober 2008:** US-Sammelklage wegen Paxil: Der Pharmariese GlaxoSmithKline (GSK) zahlte \$ 40 Mio. (€ 27,2 Mio.), um ein langwieriges Rechtsverfahren beizulegen. Im Rahmen der US-Sammelklage wurde GSK vorgeworfen, Studien unterdrückt zu haben, die aufzeigen, dass Paxil wirkungslos war und es bei Kindern verstärkt zu Selbstmordgedanken und Suizid führen könnte. Die Vergleichssumme wurde den US-Krankenkassen zurückerstattet, die für Paxil gezahlt hatten.<sup>17</sup>

**7. Oktober 2008** US-Bundesstaat Texas gegen Eli Lilly and Company: Ein 18 Monate dauerndes Ermittlungsverfahren, das nach dem texanischen Verbraucherschutzgesetz in 33 US-Bundesstaaten gegen Eli Lilly durchgeführt wurde, endete mit einem Urteil und der Verfügung, dass Lilly 62 Mio. Dollar (42 Mio. Euro) zahlen und sich damit einverstanden erklären musste, im Verlauf der nächsten sechs Jahre zahlreiche Einschränkungen und Reformen in den Bereichen der Werbung, des Marketings, der Kommunikation medizinischer Informationen und anderer Aspekte des Handels mit Zyprexa vorzunehmen.<sup>18</sup>

**15. Januar 2009:** USA gegen Eli Lilly and Company: Lilly einigte sich mit dem US-Justizministerium darauf, sich in einem *strafrechtlichen* Verfahren schuldig zu bekennen, mit seiner Zyprexa-Werbung für nicht von der FDA genehmigte Verwendungszwecke – insbesondere als Mittel gegen altersbedingte Demenz – gegen das Gesetz verstoßen zu haben. Lilly stimmte der Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 615 Millionen Dollar (416 Millionen Euro) zu. Zudem ging Lilly einen Vergleich ein, um eine *zivilrechtliche* Ermittlung auf Bundesebene in den USA beizulegen, indem es insgesamt 800 Millionen Dollar (545 Millionen Euro) zahlte, die zwischen der US-Bundesregierung und den US-Bundesstaaten aufgeteilt wurden.<sup>19</sup>

**2. März 2009: US-Bundesstaat** West Virginia gegen Johnson & Johnson: Martin Gaughan, Richter des Brook-County-Bezirksgerichts, verurteilte J&J zur Zahlung von 4,4 Millionen Dollar (2,9 Millionen Euro) an den Staat aufgrund falscher Angaben in seiner Werbung für zwei seiner Produkte an Ärzte, darunter das Neuroleptikum Risperdal.<sup>20</sup>

**29. April 2009:** US-Bundesstaat Georgia gegen Eli Lilly and Company: Lilly entschied sich zu einer Zahlung von \$ 15 Millionen (€ 10 Millionen) an den US-Bundesstaat Georgia, um die zivilrechtlichen Ansprüche beizulegen, die im Rahmen einer Klage des Generalstaatsanwaltes erhoben worden waren. Dabei ging es um die rechtswidrige Vermarktung des Psychopharmakons Zyprexa für Zwecke, für die das Mittel nicht von der US-Nahrungs- und Arzneimittelbehörde (FDA) zugelassen war.<sup>21</sup>

**21. August 2009: US-Bundesstaat** West Virginia gegen Lilly: Lilly stimmte einer Zahlung von 22,5 Millionen Dollar (15,3 Millionen Euro) an den US-Bundesstaat West Virginia zu, um eine ähnliche Klage des Generalstaatsanwaltes beizulegen. Dabei ging es ebenfalls um die Werbepraktiken von Lilly in Bezug auf Zyprexa.<sup>22</sup>

**2. September 2009:** Das US-Justizministerium wies Pfizer zur Zahlung eines Strafgeldes in der Rekordhöhe von 2,3 Milliarden Dollar (1,5 Milliarden Euro) an, weil es mit rechtswidriger Werbung versucht hatte, Ärzte dazu zu bringen, vier seiner Produkte zu verschreiben, darunter das Neuroleptikum Geodon. Zusätzlich dazu wurde Pfizer für fünf Jahre unter die Beobachtung des obersten Aufsichtsbeamten des US-Bundesministeriums für Gesundheit gestellt, um zukünftig illegale Werbung zu verhindern.<sup>23</sup>

**2. September 2009: US-Bundesstaat** Maryland gegen Pfizer: Pfizer zahlte auch 33 Millionen Dollar an 43 US-Bundesstaaten, um Ansprüche nach dem Verbraucherschutzrecht hinsichtlich ihres Neuroleptikums Geodon beizulegen. Die Klage war von den Generalstaatsanwaltschaften von Maryland und Delaware im Namen aller betroffenen Generalstaatsanwaltschaften eingereicht wurden. Pfizer wurden unfaire und irreführende Marketingpraktiken in Bezug auf sein Neuroleptikum Geodon vorgeworfen.<sup>24</sup>

1. Sarah Boseley, „Prozac class drug blamed for killing“, *The Guardian*, 26. Mai 2001.
2. *The Indianapolis Star*, „Antidepressant maker held liable“, 7. Juni 2001 und „Paxil maker held liable in murder/suicide“, *Lawyers Weekly USA*, 9. Juli 2001 und Website [www.socialaudit.org.uk](http://www.socialaudit.org.uk), Seite über die Schell-Tobin-Klage.
3. „Indianapolis-Based Eli Lilly Settles Prozac Lawsuit with Pennsylvania Couple“, *Indianapolis Star*, 2. Dezember 2002.
4. „Rx drugs: Bayer, Glaxo Announce Settlement for Overcharging; Medicaid“, *American Health Line*, 17. April 2003.
5. „Class action filed over Zyprexa side effects“, *Pharma Marketletter*, 26. April 2004 und „Parker & Waichman and Douglas & London file first nationwide class action...“, PR Newswire, 19. April 2004.
6. „Paxil Maker Will Post Its Unfavorable Test Results“, *The Washington Post*, 27. Aug. 2004.
7. „Akzo Nobel settles additional Remeron court cases“, *Medical News Today*, 1. Okt. 2004.
8. „Organon settles with states in antitrust case“, *Generic Line*, 3. Nov. 2004, und „Remeron refund procedure announced“, *consumeraffairs.com*, 18. März 2005.
9. „Lilly to pay \$690 million In Drug Suits“, *The New York Times*, 10. Juni 2005.
10. „Lilly to Pay Up to \$500 Million to Settle Claims“, *New York Times*, 4. Jan. 2007.
11. Robert A. Clifford, „Battle brews over new FDA rule preempting state law“, *Chicago Lawyer*, März 2006.
12. „Public Citizen Secures Improved Settlement for Parents of Children Who Where Prescribed Paxil“, [www.citizen.org](http://www.citizen.org), 26. April 2007.
13. Julie Schmit, „Bristol’s \$499M drug-pricing settlement among biggest“, *USA Today*, 21. Dez. 2006.
14. „Lilly settles Zyprexa lawsuits“, *Forbes*, 12. Juni 2007.
15. Alex Berenson, „Alaska Suit Against Lilly Is Settled“, *New York Times*, 27. März 2008.
16. „Otsuka Settles Abilify Off-Label Marketing Case for \$4 Million“, *FDANews*, 1. April 2008.
17. „Glaxo Settles US Paxil Lawsuit“, *International Herald Tribune*, 2. Okt. 2008.
18. Final Judgment and Agreed Permanent Injunction, State of Texas vs. Eli Lilly and Company, Cause No. 08-12714, 7. Okt. 2008 und „33 states to get \$62 million in Zyprexa case settlement“, *New York Times*.
19. „Lilly Resolves Investigation of Past Zyprexa Promotion and Promotional Practices“, PRNewswire-FirstCall via COMTEX News Network, 15. Jan. 2009
20. „Court orders Johnson & Johnson to pay millions for misleading WV doctors; Attorney General McGraw states false advertising“, West Virginia Attorney General Press Release, 2. März 2009.
21. „Georgia settles with drug company for \$6M“, *The Atlanta Journal – Constitution*, 29. April 2009.
22. „State settles lawsuit against Eli Lilly“, *Charleston Gazette*, 21. Aug. 2009.
23. „Pfizer to pay record \$2.3B penalty over promotions“, *Miami Herald*, 2. Sept. 2009. 2009.
24. „Attorney General Gansler leads settlement of consumer protection claims against Pfizer, Company to pay \$33 million as part of settlement“, press release of the Maryland Attorney General, 2. Sept. 2009. 2009.